



Politischer Weitblick? 14 Bündner Kandidaten aller Parteien posieren für das Gipfeltreffen. (FOTO OLIVIAITEM)

Bündner Polit-Elite trifft sich zum Stelldichein *Am*

Dienstagabend hat auf dem Rothorn Gipfel der erste Schlagabtausch zu den National- und Ständeratswahlen 2019 stattgefunden.

▸ FRANCO BRUNNER

Auf dem Rothorn Gipfel ob Lenzerheide auf gut 3000 Meter über Meer ist am Dienstagabend der Bündner Startschuss zu den diesjährigen National- und Ständeratswahlen gefallen. Auf Einladung der Bergbahnen Graubünden trafen sich nicht weniger als 14 Kandidaten aller Parteien

zum politischen Gipfeltreffen. Im Rahmen einer von Andri Franziskus äusserst kurzweilig moderierten Podiumsdiskussion sprachen die Politiker über Themen wie den immer grösser werdenden Berg-Tal-Graben, die Tourismuspolitik, Wasserzinsen sowie über Naturschutz und Klimawandel. So konnte man etwa erfahren, was CVP-Ständerat

Stefan Engler von der Neuen Regionalpolitik (NRP) hält, dass SP-Kandidat Jon Pult nicht an die Existenz einer mächtigen Tourismuspolitik glaubt und dass SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher es für keine allzu grosse Hexerei hält, ein Wasserkraftwerk zu betreiben.

GRAUBÜNDEN Seite 3

Politisches Gipfeltreffen auf dem Rothorn

Unter dem Titel «Berggebiete: Der neue Röstigraben?» haben sich am Dienstagabend 14 Bündner Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien zu den National- und Ständeratswahlen von kommendem Herbst den Fragen von Moderator Andri Franziskus gestellt.

• FRANCO BRUNNER (TEXT)
UND OLIVIA ITEM (FOTOS)

Wo anfangen? Diese Frage stellt sich bei der Zusammenfassung der ersten Bündner Podiumsdiskussion zu den National- und Ständeratswahlen mit 14 Bündner Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien vom Dienstagabend in Lenzerheide. Einem Abend voller Eindrücke, Geschichten und Geschichtchen, Haupt- und Nebenschauplätzen, mal mehr mal weniger einprägsamen Statements sowie einem Abend mit einer wahren Flut an Informationen. Anfangen bei der atemberaubenden Location im Panoramarestaurant auf dem Rothorn Gipfel auf knapp 3000 Meter über Meer? Beim interessanten Fotoshooting der Bündner Polit-Elite vor Traumkulisse? Der fast schon schulausflugähnlichen Stimmung mit diversen amtierenden und möglichen zukünftigen nationalen Entscheidungsträgern in der Achter-Gondel? Beim stattlichen Lärmpegel in der grossen Gondel? – Wenn eine Gruppe Politiker gleichzeitig miteinander redet, möchte eben möglichst jeder gehört werden. Beim sehr illustren Teilnehmerfeld? Beim beeindruckenden Moderatoren, der es schliesslich geschafft hat, 14 Politiker im Zaum zu halten und sie – zumindest in den meisten Fällen – dazu gebracht hat, tatsächlich nur kurze Statements zu seinen Fragen zu liefern? Oder dann doch bei der thematischen Vielfalt, die von Berggebiets- und Tourismuspolitik über Wasserzinsen bis hin zum möglichen oder eben nur schwer möglichen Spagat zwischen Naturschutz und Weiterentwicklung reichte?

Wächst der Berg-Tal-Graben?

Konzentrieren wir uns auf politisch Relevantes. Da wären die Podiumsteilnehmer. Mit Duri Campell und Stefan Darnuzer (BDP), Stefan Engler und Martin Candinas (CVP), Martin Schmid und Martin Bundi (FDP), Josias F. Gasser und Gaudenz Bavier (GLP), Sandra Locher Benguerel und Jon Pult (SP), Magdalena Martullo und Heinz Brand (SVP) sowie Anita Mazzetta und Martin Tucek (Verda) war sozusagen die ganze Bündner Polit-Elite vertreten. Was den Inhalt angeht, hatte Moderator Andri Franziskus für den auf Einladung von den Bergbahnen Graubünden (BBGR) zustande gekommenen Anlass vier Themenblöcke zusammengestellt.

So wurde unter dem Titel «Berggebiete: Der neue Röstigraben?» unter anderem darüber diskutiert, ob die nationale Politik dem durch das Bevölkerungswachstum in den Städten respektive durch den Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Gebieten immer grösser werdenden Berg-Tal-Graben überhaupt etwas entgegensetzen könne. Besprochen wurde dabei etwa die Zweitwohnungsinitiative oder die Neue Regionalpolitik (NRP). SVP-Nationalrat Heinz Brand macht sich diesbezüglich Sorgen um den Kanton, wie er erklärte. Denn im Gegensatz zu der positiven Entwicklung im Bündner Rheintal geschehe in den abgelegenen Gebieten wirtschaftlich betrachtet eben nicht sonderlich viel. Deshalb müsse der Bund dem Kanton mehr Raum geben, um Dinge selber aktiv anpacken zu kön-

nen, die sinnvoll seien und Graubünden weiterbringen würden, so Brand.

Dass die nationale Politik sehr wohl Einfluss nehmen kann, diesen Berg-Tal-Graben zu verkleinern, darüber waren sich indes alle Podiumsteilnehmer einig. Dabei sei der Fokus auf die Infrastruktur von zentraler Bedeutung, sagte CVP-Nationalrat Martin Candinas und brachte die Breitbandentwicklung als Beispiel. Eine weitere Aufgabe des Bundes sei es, die hiesigen Ressourcen auch fair zu entschädigen, so BDP-Kandidat Stefan Darnuzer. Zum Thema Zweitwohnungsinitiative meinte FDP-Ständerat Martin Schmid, dass es nicht gut sei, Kompetenzen in einem kantonalen Kernbereich an Bern abzugeben. Doch genau das habe man mit der Zweitwohnungsinitiative getan. Für GLP-Kandidat Gaudenz Bavier ist die Initiative auch heute, sieben Jahre nach der Abstimmung, im Ansatz richtig, die Frage nach der richtigen respektive sinnvollen Auslegung stelle sich jedoch tatsächlich. Und SP-Kandidatin Sandra Locher Benguerel sieht in der ganzen Thematik weniger einen Graben, denn vielmehr eine Herausforderung, durch die man gemeinsam wachsen könne.

Tourismus- und Wasserfragen

Im Themenblock Tourismus und Politik wollte Moderator Andri Franziskus von den Kandidaten unter anderem wissen, ob der Bündner Tourismus eine allfällige Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens, wie es die SVP wünsche, überhaupt verkraften würde? Eine Fragestellung, die umgehend SVP-

Nationalrätin Magdalena Martullo auf den Plan rief. «Die SVP will das Personenfreizügigkeitsabkommen gar nicht kündigen, sondern es wieder selber regeln und somit die Zuwanderung selber steuern können», berichtete Martullo. SP-Kandidat Jon Pult sieht der Thematik mit Sorge entgegen. «Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit würde der Bündner Tourismus wohl überleben, es wäre aber ein immenser Rückschritt für ihn», sagte er. BDP-Nationalrat Duri Campell warnte diesbezüglich vor zu viel Bürokratie und ganz grundsätzlich vor Kontingenten.

Beim Thema Wasserzinsen waren sich – zumindest im Grundsatz – alle einig. Nämlich darüber, dass das Wasserzinsmaximum von 110 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung nicht gesenkt werden darf. Dies hat der Nationalrat

im vergangenen März mit der klaren Gutheissung des revidierten Wasserrechtsgesetzes ja auch so beschlossen. Ein Beschluss, der vorerst bis ins Jahr 2024 gilt. Doch was danach geschehen soll, darüber scheiden sich die Geister, wie die angeregte Diskussion aufzeigte. Während Candinas, Schmid, Martullo und einige andere Podiumsteilnehmer sich darauf konzentrieren wollen, dass der Wasserzins auch nach 2024 nicht unter die 110-Franken-Grenze fällt, wollen andere wie Pult, Campell und Verda-Kandidat Martin Tucek mehr. «Die beste Verteidigung ist der Angriff», sagte Pult. Deshalb gelte es in die Offensive zu gehen und sich nicht von Bern über den Tisch ziehen zu lassen.

Ja, aber ...

In die Offensive ging derweil auch Ver-

da-Kandidatin Anita Mazzetta, als sie sich im Themenblock Natur- und Klimaschutz dafür stark machte, dass man in Zukunft zu den noch wenigen grossen Landschaften hierzulande ebenso grosse Sorgen tragen müsse. Dazu würden auch das Raumplanungsgesetz sowie Umweltanalysen gehören, um bei Projekten gesetzlich korrekt im Vorfeld alles untersuchen und allenfalls danach handeln zu können. FDP-Kandidat Martin Bundi kann sich diesbezüglich mit solchen Analysen wohl anfreunden, er erwartet dann aber auch vom Bund, dass diese Analysen in einer zeitlich wirtschaftlichen Frist ausgeführt würden. Dem stimmte auch GLP-Kandidat Josias F. Gasser zu, als er sagte, dass vorgängige Umweltanalysen bei Projekten per se ja nichts ausschliessen würden, es allerdings tatsächlich auch eine Frage des Umsetzungstempos sei.



Vorhang auf für die erste Bündner Podiumsdiskussion zu den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober im Panoramarestaurant auf dem Rothorn Gipfel.



Vor dem Podium geniessen Teilnehmer und Gäste gemeinsam einen Apéro auf der Terrasse des Panoramarestaurants.

WORTWÖRTLICH

«Es gibt auch Mega-Trends, die für das Berggebiet sprechen.»
SANDRA LOCHER-BENGUEREL

«Wir müssen in erster Linie nicht laut, sondern mit Argumenten überzeugen.»
MARTIN SCHMID

«Schutzbestimmungen führen nicht zu Abwanderung.»
ANITAMAZZETTA

«Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, mit denen wir leben können.»
STEFAN DARNUZER

«Meine Erfahrung als Moderator sagt mir, dass Sie ausweichen.»
ANDRI FRANZISKUS

«Drei Stunden Wartezeit beim Vereina ist kein Aushängeschild für den Kanton Graubünden.»
HEINZ BRAND

«Die Neue Regionalpolitik ist zumindest teilweise ein Etikettenschwindel, um die Bündner mit einem Placebo zu versorgen.»
STEFAN ENGLER

«Ich würde in Bern einen ökologischen Tourismus vertreten und den Sport für die Jugend fördern.»
MARTIN TUCEK

«Es gibt keine mächtige Tourismuspolitik.»
JON PULT

«Ein Wasserkraftwerk zu betreiben, ist jetzt keine allzu grosse Hexerei.»
MAGDALENA MARTULLO

«Eine Wasserzinsoffensive klingt gut, ist aber nicht sehr realistisch. Wir müssen auf dem Boden bleiben.»
MARTIN CANDINAS

«Das Fliegen ist zu billig, wir brauchen ehrliche Preise.»
JOSIAS F. GASSER

«Wir brauchen mehr kantonale Autonomie für hiesige Umweltprojekte.»
MARTIN BUNDI

«Wir müssen die Bildung fördern und versuchen, noch mehr interessante Institutionen hier in Graubünden anzusiedeln.»
GAUDENZ BAVIER

«Auf uns Bündner kann man nicht immer nur drücken und drücken.»
DURI CAMPPELL